Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9589**

14. Wahlperiode 26. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Müller (Zittau), Dr. Rainer Wend, Dr. Axel Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Werner Schulz, Ulrike Höfken, Kerstin Müller (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/9242 –

Die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur als regelgebundenes Fördersystem erhalten

A. Problem

Erhalt der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als Koordinierungsrahmen einer gemeinsamen Regionalförderung von Bund und Ländern über das Jahr 2004 hinaus.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/9242 – anzunehmen.

Berlin, den 26. Juni 2002

Der Ausschuss Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber	**Christian Müller (Zittau)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Christian Müller (Zittau)

I.

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/9242 – wurde in der 242. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Juni 2002 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Finanzausschuss, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 137. Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 85. Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU in Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 100. Sitzung am 25. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP in Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 110. Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

III.

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass es Ziel der Gemeinschaftsaufgabe (GA) sei, regionale Entwicklungsunterschiede abbauen zu helfen und dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Sie sei ein bundeseinheitlicher Ordnungsrahmen für die regionale Wirtschaftsförderung der Länder, der die Gleichbehandlung von strukturschwachen Regionen im Standortwettbewerb sichert und einen unproduktiven Subventionswettlauf um überregionale Ansiedlungen verhindert. Besonders für die neuen Bundesländer würde die GA zu einem zentralen Instrument der gezielten Investitionsförderung für den Umstrukturierungsprozess.

Infolgedessen soll die Bundesregierung aufgefordert werden zu prüfen, wie die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als unverzichtbares regelgebundenes System und Koordinierungsrahmen einer gemeinsamen Regionalförderung von Bund und Ländern auch nach dem Jahr 2004 erhalten bleiben kann. Bund und Länder sollen die Wirksamkeit ihrer strukturpolitischen Aktivitäten verstärken, indem sie ihre Maßnahmen stärker und besser aufeinander abstimmen, und zwar sowohl auf der Programm- als auch auf der Projektebene. Beide sollen in Zukunft sehr viel stärker als bisher die Rolle als Initiator, Moderator und Mediator im regionalen Strukturwandel suchen und übernehmen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/9242 – in seiner 84. Sitzung am 26. Juni 2002 beraten.

Er beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag anzunehmen.

Berlin, den 26. Juni 2002

Christian Müller (Zittau)
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333